

Soziale Wärme in kalten Zeiten

Karim Dillenhöfer, Anne Noetzel,
Tanja Wild, Andreas Heine,
Silvia Hable (v.l.n.r.)

Die Linke

Werra-Meißner

**Programmatische Grundsätze für den
Werra-Meißner-Kreis**

Für einen solidarischen Werra-Meißner-Kreis

Der Werra-Meißner-Kreis steht vor tiefgreifenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen. In vielen Dörfern fährt selten ein Bus, Arztpraxen schließen, Schwimmbäder und soziale Einrichtungen stehen unter Druck. In den Städten und Dörfern steigen die Mieten, während Häuser leer stehen oder öffentlich geförderter Wohnraum privatisiert wird. Die Lebenshaltungskosten steigen für alle, Familienangebote fallen weg, junge Menschen verlassen den Kreis, Pflege ist kaum noch leistbar.

Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die sich an neoliberalen Marktlogiken orientieren: jahrelange Kürzungen, Privatisierungen und strukturelle Unterfinanzierung von Landkreisen und Kommunen. Während Milliarden für Aufrüstung bereitgestellt werden, sollen Kreise sparen, abbauen und nur das Nötigste verwalten, statt zu gestalten. Ehrenamt soll dort einspringen, wo früher sichere Arbeitsplätze gute Leistung bringen konnten.

Das erzeugt Wut und Misstrauen in politische Institutionen. Denn wer ständig sparen muss, verliert nicht nur an Effizienz, sondern an Zukunft.

Die Linke im Werra-Meißner-Kreis stellt sich dieser Entwicklung entgegen. Wir wollen einen Landkreis, der Verantwortung übernimmt! Für soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge, Klimaschutz und gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und Dörfern.

1. Wohnen ist ein Grundrecht

Bezahlbarer Wohnraum ist im gesamten Kreis knapp. In Eschwege und Witzenhäusen steigen die Mieten und ehemals kommunale Wohnungen werden beständig unter Immobilienfirmen weiterverkauft. In Sontra, Großalmerode, Waldkappel, Wanfried und den Dörfern stehen Häuser leer oder sind sanierungsbedürftig. Gleichzeitig fehlen kleine, barrierefreie und familiengerechte Wohnungen mit guter Anbindung an den ÖPNV.

Diese Situation ist politisch gemacht. Leerstand neben Wohnungssuche ist kein Marktproblem, sondern Ausdruck fehlender Steuerung. Privatisierungen ganzer Wohnblöcke, spekulativer Leerstand und soziale Verdrängung werden hingenommen.

Der Landkreis muss Verantwortung übernehmen. Wir setzen uns für den Ausbau und die Neugründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften ein. Ziel sind dauerhaft gebundene Sozialwohnungen und der Schutz bestehender Bestände. Energetische Sanierungen und Grundsteuererhöhungen in den Kommunen dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen. Wir befürworten die Konzeptvergabe, statt Profitmaximierung und stärken somit die Vielfalt an Wohnmöglichkeiten, sowie bedarfsgerechten Neubau, wenn möglich, immer auf bereits versiegelten Flächen.

Leerstände müssen kreisweit erfasst, öffentlich gemacht und, wo möglich, für Wohnzwecke reaktiviert werden. Hierfür muss es hauptamtliche Stellen geben.

Wohnen für Obdachlose muss in allen größeren Kommunen seitens der Verwaltungen angeboten werden können.

Gegen spekulativen Leerstand braucht es politischen Druck. Alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, Senioren-WGs und gemeinschaftliche Wohnprojekte sind gezielt zu fördern.

Um den Leerstand in 1- und 2-Familienhäusern auf dem Lande zu verringern, sollen private Vermietungen gefördert und in angemessenem Umfang steuerlich freigestellt werden. Hierdurch kann die Wohnungsnot verringert und vor allem älteren Menschen ein finanzieller Anreiz gegeben werden, ungenutzten Wohnraum wieder verfügbar zu machen und ihre Rente aufzubessern.

Dafür stehen wir:

Wohnen darf nicht dem Profit überlassen werden. Wer hier lebt, muss bleiben und ein gutes Zuhause finden können: in den Städten wie in den Dörfern.

2. Mobilität ist Teilhabe

Im ländlichen Raum entscheidet Mobilität über Teilhabe. Wer kein Auto oder Führerschein hat, erreicht oft keinen Arbeitsplatz, keine Ausbildung, keinen Arzt und keine Freizeitangebote. Gerade ältere Menschen, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen sind betroffen. Ein ausgedünnter Nahverkehr macht ganze Regionen zu Ausschlussräumen. Fahrpläne orientieren sich zu oft an Sparvorgaben statt am Bedarf der Menschen. Der 1-Stunden-Takt soll in der Fläche zur Regel werden und schrittweise für alle Dörfer gelten.

Wir fordern eine kreisweite Mobilitätsgarantie. Der Landkreis trägt Verantwortung für Planung, Sicherung und Ausbau des ÖPNV. Zusätzliche Buslinien, flächendeckende Rufbus-Angebote ohne Zuschläge, barrierefreie, überdachte Haltestellen und verlässliche Anschlüsse sind notwendig.

Anruf-Sammel-Taxen, Frauentaxis und Angebote für Menschen und Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen müssen insbesondere in Randzeiten ausgebaut werden. Die Verbindung Eschwege – Kassel ist zuverlässig zu stärken. Busse und Bahn sind besser zu vernetzen, insbesondere um Berufsschulstandorte ohne lange Umstiegszeiten erreichen zu können.

Mobilität darf nicht vom Auto abhängen. Gerade im Flächenlandkreis brauchen wir sichere und bezahlbare Alternativen.

Perspektivisch streben wir einen kostenlosen ÖPNV an. Übergangsweise fordern wir die kostenfreie Nutzung für Schülerinnen und Schüler, Rentnerinnen, Rentner und einkommensarme Menschen.

Wir setzen uns für ein durchgängiges, sicheres Radwegenetz im gesamten Kreis ein. Gefährliche Strecken werden systematisch erfasst und haben Priorität beim Ausbau. Pendelbusse zu Bahnhöfen sollen Straßen und Parkplätze

entlasten und den Umstieg auf Bus und Bahn erleichtern. Gleichzeitig muss die Ladeinfrastruktur für E-Autos flächendeckend ausgebaut werden, damit klimafreundliche Mobilität überall möglich ist.

Dafür stehen wir:

Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Öffentlicher Nahverkehr ist Grundversorgung und muss im ländlichen Raum mit Landes- und Bundesmitteln erheblich vorangetrieben werden.

3. Öffentliche Daseinsvorsorge - Infrastruktur sichern!

Krankenhäuser, Pflege, Schulen, soziale Einrichtungen, Pflegedienste, Schwimmbäder, Jugendzentren, Bibliotheken und Kulturangebote stehen unter finanziellem Druck. Beschäftigte arbeiten am Limit, Angebote werden gekürzt oder ganz aufgegeben. Daseinsvorsorge wird zu oft als Kostenfaktor behandelt statt als öffentliche Pflicht. Profitorientierung verdrängt Bedarfsgerechtigkeit.

Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Pflege muss gestärkt werden, durch bessere ambulante Angebote, Unterstützung pflegender Angehöriger und verlässliche Beratungsstrukturen. Altenheime dürfen keine Profitmaschinen sein. Beide Standorte des Klinikums Werra-Meißner sind zu erhalten und in ihrem Leistungsangebot auszubauen. Gerade in unserem Landkreis mit einem hohen Altersdurchschnitt ist die schnelle, wohnortnahe Erreichbarkeit von Kliniken der Grundversorgung unverzichtbar.

Wir setzen uns auf den Dörfern für ambulante medizinische Hilfe, sowie kreisweit für den Ausbau von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) ein, um jungen Ärztinnen und Ärzten die Ansiedelung im ländlichen Raum ohne eigene Praxis und mit flexibleren Arbeitszeiten zu ermöglichen.

Schulen in Kreisträgerschaft brauchen moderne Gebäude, abwechslungsreiche Ganztagsangebote, einen guten Schlüssel für die Schulsozialarbeit und eine anregende, bedürfnisorientierte Ausstattung, auch im Außenbereich.

Bildungs- und Teilhabeleistungen müssen entbürokratisiert werden, auch um Kapazitäten in der Verwaltung in den entsprechenden Bereichen zielgruppenorientierter nutzen zu können.

Schwimmbäder erfüllen eine soziale und sicherheitsrelevante Aufgabe. Jedes Kind soll schwimmen lernen. Wir setzen uns für interkommunale Zusammenarbeit und einen Bäder-Zweckverband auf Kreisebene ein, sowie einen kreisfinanzierten Schwimmbadbus in den Wintermonaten zwischen den kleineren Kommunen in den Hallenbädern im Kreis.

Kinder- und Jugendarbeit sowie Kulturangebote müssen auch in ländlichen Gebieten gesichert werden. Mobile Angebote wie ein Mädchenbus nach dem Vorbild Kassel-Land und Kulturmobilie sollen Schutzräume und Teilhabe für

alle ermöglichen.

Präventionsarbeit - sowie Beratungsstellen in der Jugendhilfe sowie gegen häusliche Gewalt und das Frauenhaus sind zu stärken.

Kinder- und Jugendbeteiligung darf keine leere Phrase sein. Das Siegel der familiengerechten Kommune muss mit entsprechenden Stellen, Expertise und steter Einbindung von engagierten Ehrenamtlichen mit Leben gefüllt und für Kinder und Jugendliche wirklich erfahrbar werden. Die Berücksichtigung der Kinderrechte sind die Grundlage unserer Entscheidungen.

► **Dafür stehen wir:**

Daseinsvorsorge Schutz, Beteiligung und Transparenz für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen ist keine freiwillige Leistung. Sie ist Kernaufgabe öffentlicher Politik.

4. Arbeit, Jobcenter und soziale Sicherheit

Viele Menschen sind auf Unterstützung durch das Jobcenter angewiesen. Während Qualifizierung und Weiterbildung oft fehlen, herrscht gleichzeitig Fachkräftemangel. Sanktionslogik und Misstrauen helfen weder den Betroffenen noch dem Arbeitsmarkt. Sie erzeugen Druck statt Perspektiven.

Wir setzen uns für ein starkes Jobcenter ein, das auf Beratung, Integration, Fort- und Weiterbildung setzt statt auf Sanktionen.

Gute Arbeit, existenzsichernde Löhne und Qualifizierung müssen im Mittelpunkt stehen.

► **Dafür stehen wir:**

Soziale Sicherheit entsteht durch Unterstützung und Perspektiven, nicht durch Strafe.

5. Migration- und Integration als Notwendigkeit

Der demografische Wandel bedroht Versorgung, Pflege, Handwerk und Bildung. Ohne Zuzug fehlt dem Landkreis die Zukunft. Integration scheitert nicht an Menschen, sondern an fehlenden Strukturen und Unterfinanzierung.

Wir fordern eine verlässliche Finanzierung von Aufnahme und Integration durch Bund und Land, einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt, eine gut ausgestattete Ausländerbehörde und mehr bezahlbaren Wohnraum statt große Sammelunterkünfte.

Sprachkurse, Fortbildung und Weiterbildung müssen flächendeckend und unabhängig vom Aufenthaltsstatus verfügbar sein, auch mit Kinderbetreuung. Langjährig geduldete, gut integrierte Menschen brauchen sichere Bleiberechte.

Ehrenamtliche Strukturen sind zu stärken, ohne sie mit originären Aufgaben einer zunehmend zusammengesparten Verwaltung und Hauptamt zu überlasten.

Migration ist keine Belastung, sondern eine Chance für den Werra-Meißner-Kreis. Interkulturelle Begegnungsformate und -räume, auch generationsübergreifend sind auszubauen.



Dafür stehen wir:

Der Werra-Meißner-Kreis bleibt weltoffen und solidarisch. Wir wollen Heimat und Perspektiven bieten.

6. Klima, Landwirtschaft und Tierschutz

Der Werra-Meißner-Kreis spürt die Folgen von Klimawandel, Artenverlust und Umweltbelastungen längst konkret. Gleichzeitig geraten landwirtschaftliche Betriebe wirtschaftlich unter Druck, Innenstädte verlieren an Leben, Flächen werden weiter versiegelt und Verkehr sowie Energieversorgung sind nicht zukunftsfest organisiert. Umwelt- und Klimaschutz werden dabei oft gegen soziale Fragen ausgespielt, oder als Luxus bzw. Einzelmaßnahme eingestuft, anstatt als Grundlage für ein gutes Leben für alle. Wir stehen für die soziale Wärmewende.

Die Energieversorgung gehört in kommunale und regionale Hände. Sie muss bezahlbar, unabhängig und klimaneutral sein.

Der Landkreis soll den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen vorantreiben und die Gemeinden aktiv bei interkommunalen Energielösungen unterstützen. Ziel sind erneuerbare, dezentrale Systeme, von denen Bürgerinnen und Bürger direkt profitieren, statt steigender Abhängigkeit von großen Konzernen.

Während immer neue Discounter auf der grünen Wiese entstehen und wertvolle Flächen versiegelt werden, sterben unsere Ortskerne langsam aus. Läden, Poststellen und Treffpunkte verschwinden.

Diesen Trend wollen wir umkehren. Innenstädte und Dorfzentren sollen durch günstige Mieten, die Nutzung von Leerständen, kleine Läden, Handwerk und lokale Angebote wiederbelebt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe sichern Arbeitsplätze, kurze Wege und echte Nachbarschaft. Einer weiteren Flächenversiegelung durch großflächige Einkaufszentren treten wir entschieden entgegen. Neubau befürworten wir auf Konversionsflächen, die ohnehin schon versiegelt sind und in der Nähe von gut erreichbarem ÖPNV.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe stehen unter enormem Kostendruck. Gleichzeitig erwarten wir zu Recht mehr Klima-, Tier- und Naturschutz. Dieser Umbau gelingt nur mit Unterstützung, nicht mit zusätzlichen Belastungen.

Biobetriebe dürfen keine wirtschaftlichen Nachteile haben. Konventionelle Betriebe müssen aktiv bei der Umstellung auf ökologische, tiergerechte und umweltschonende Wirtschaftsweisen begleitet und gefördert werden. Regionale Vermarktung und faire Preise sind dafür entscheidend.

Öffentliche Einrichtungen des Kreises und der Kommunen sollen verpflichtend regionale und möglichst ökologische Produkte verwenden. Das stärkt unsere Höfe direkt vor Ort.

Kinder sollen früh an Ernährung, Kochen und regionale Lebensmittel herangeführt werden. Das Mittagessen in Kitas und Schulen soll kostenlos sein. Kooperationen zwischen Schulen und landwirtschaftlichen Betrieben wollen wir ausbauen, damit Kinder erleben, wo Lebensmittel herkommen.

Tierschutz endet nicht beim guten Willen. Er braucht verbindliche Regeln.

Wir fordern eine Katzenschutzverordnung für den gesamten Werra-Meißner-Kreis mit Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen sowie ein kommunal unterstütztes Kastrationsprogramm. So verhindern wir Tierleid nachhaltig und entlasten Tierheime.

Auch unsere Gewässer brauchen besseren Schutz. Werra und Werratalsee müssen wirksam vor Salz- und Schadstoffeinträgen geschützt werden. Ökologische Standards sind konsequent durchzusetzen.

Dafür stehen wir:

Klimaschutz, Landwirtschaft, Tierschutz und nachhaltige Flächenentwicklung sind keine Gegensätze. Sie sichern Lebensqualität, Ernährung und Zukunft im Werra-Meißner-Kreis.

Wir wollen einen Landkreis, der sich regional versorgt, Natur schützt und allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.

7. Demokratie, Antifaschismus und Frieden

Soziale Unsicherheit, fehlende Perspektiven und der Rückzug öffentlicher Infrastruktur bieten rechten Ideologien Nährboden, auch im ländlichen Raum. Rassismus, Ausgrenzung und rechte Gewalt werden verharmlost, während ihre sozialen Ursachen ignoriert werden. Gleichzeitig wird Aufrüstung vor soziale Sicherheit gestellt. Wir unterstützen Initiativen, Bildungsarbeit und zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechts. Politische Bildung, Präventionsarbeit und Schulsozialarbeit sind zentrale Bausteine.

Wir stehen für Frieden statt Aufrüstung. Öffentliche Mittel gehören in Bildung, Gesundheit, Pflege und sozialen Zusammenhalt, nicht in Militarisierung. Keine Bundeswehrwerbung an unseren Schulen, an Jobcentern und auf Ausbildungsmessen.

Dafür stehen wir:

Wir treten ein für Solidarität, Menschenwürde, Demokratie und Frieden.

8. Wirtschaft, Arbeit und lebendige Gemeinden

Der Werra-Meißner-Kreis ist wirtschaftlich vielfältig, aber überwiegend kleinteilig geprägt. Handwerk, kleine Betriebe, Landwirtschaft, Pflege, Bildung und Tourismus tragen die Region. Gleichzeitig leiden Innenstädte unter Leerstand, (Berufs-) Schulstandorte unter Unsicherheit und viele Gemeinden unter dem Verlust alltäglicher Angebote. Wirtschaftsförderung orientiert sich zu oft an großen Projekten statt an der Stärkung lokaler Strukturen. Öffentliche Aufgaben werden ausgelagert, Beschäftigung prekär organisiert.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau von Berufsschulstandorten, und deren gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Kleine Betriebe, Handwerk und regionale Wirtschaft müssen gezielt gefördert werden.

Öffentliche Aufgaben dürfen vom Kreis nicht weiter ausgelagert werden, etwa Reinigung oder Dienstleistungen. Gute Arbeit beginnt im öffentlichen Bereich.

Innenstadt- und Ortskernentwicklung muss Leerstände aktiv nutzen, Treffpunkte schaffen und Raum für Kneipen, Kultur, Jugendarbeit, Vereine und Begegnung ermöglichen. Wohnnutzung in Innenstädten und Dörfern muss gezielt gefördert werden.

Auf den Dörfern und in den Stadtteilen ohne Einzelhandelsgeschäfte soll die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs verbessert werden. Etwa durch kleine Läden, rollende Supermärkte oder Bürgerinitiativen. Dies ist Teil der Daseinsvorsorge, stärkt das Dorf- und Stadtleben und ermöglicht gerade mobilitätseingeschränkten Menschen echte Teilhabe.

Lebendige Gemeinden entstehen durch gute Arbeit, starke öffentliche Strukturen und Orte der Begegnung.

***Wir wollen einen Werra-Meißner-Kreis,
der niemanden zurücklässt.***

***Soziale Wärme in Kalten Zeiten -
Dafür steht DIE LINKE im Werra-Meißner-Kreis.***

Für **DIE LINKE** kandidieren für den Kreistag:

- | | | |
|---------------------------|-------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Silvia Hable | 8. Balthasar Arndt | 15. Sonja Biermann-Hirth |
| 2. Andreas Heine (DKP) | 9. Tanja Adamek-
Benavides | 16. Luca Seeger |
| 3. Anne Noetzel | | 17. Sarah Renneke |
| 4. Karim Dillhoefer | 10. Maurice Engelmann | 18. Pacita Matejka |
| 5. Tanja Wild (parteilos) | 11. Christa Altmann | 19. Thomas Schwärzler |
| 6. Lukas Schumann | 12. Philip Gerhold | 20. Dennis Schröder (DKP) |
| 7. Ingeborg Wiegand | 13. Gina Canpolat (DKP) | 21. Ralf Pfaffenbach
(parteilos) |
| | 14. Lothar Seeger | |